Nebraer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Erscheint
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustrirtes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirthschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die 1spaltige Korpus-Zeile oder deren Raum 10 Pf., Reklamen pro Zeile 15 Pf.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 20 — Nebra, Mittwoch, 9. März 1898. — 11. Jahrgang.

Die Wahrheit in der Dreyfus-Sache

ist immer noch mit einem fast undurchdringlichen Schleier bedeckt. Jetzt erhalten aus Rom die ‚Wiener Polit. Nachr.‘ folgende Mitteilung, die der Angabe nach von einer sehr hochgestellten Persönlichkeit herrührt und weiteres Licht in die Angelegenheit zu bringen geeignet sein würde:

Im Jahre 1892 erlangte die französische Regierung die Gewißheit, daß eine geschickt eingerichtete Spionage bestand, die auf den französischen Mobilisierungs- und Verteidigungsplan gerichtet war. Man suchte lange vergeblich nach den Schuldigen. Unter den mit der Auskundschaftung der Verräter betrauten französischen Offizieren befand sich auch Hauptmann Esterhazy. Dieser, der ausgedehnte Beziehungen in der Gesellschaft unterhielt und auch mit den fremden Gesandtschaften verkehrte, gewann die ersten Anzeichen von Vertraulichkeiten des Dreyfus mit der russischen Botschaft. Er teilte seine Wahrnehmungen dem Kriegsminister mit, welcher den Mitteilungen keinen Glauben beizumessen schien, zumal damals die Verhandlungen, die zur russisch-französischen Allianz geführt haben, schon weit vorgeschritten waren.

Esterhazy sah seine Ehre auf dem Spiele und suchte um jeden Preis in den Besitz sicherer Ueberführungsstücke zu gelangen. Mit großer Kühnheit setzte er sich in den Besitz des vielbesprochenen Original-Bordereaus, das er auf der russischen Botschaft stehlen ließ, wenn nicht selber stahl, und das von der Hand des Dreyfus herrührte. — Diese Entdeckung machte begreiflicherweise einen ungeheuren Eindruck in den obersten militärischen und politischen Kreisen Frankreichs. Es fanden wiederholte Ministerratssitzungen in der Sache statt. Man hütete das Geheimnis sehr streng, brachte aber verschiedene, hartnäckig wiederholte Mitteilungen von stattgehabten Spionageversuchen in die Oeffentlichkeit. Der russische Botschafter wurde aufmerksam auf diese und beeilte sich jede Spur des Verdachtes von sich abzulenken. Hierbei entdeckte er, daß ihm das Bordereau des Dreyfus entwendet war. Sofort war Herrn v. Mohrenheim der Zusammenhang klar; nicht minder aber auch die Haltung, die er einzunehmen habe und kurz entschlossen einnahm. Er stellte der französischen Regierung die Alternative: ihm sofort das Original-Bordereau des Dreyfus wieder zurückzustellen, oder ihn innerhalb vierundzwanzig Stunden nach diesem überreichten Verlangen von Paris abreisen zu sehen.

Die französische Regierung war in einer Zwangslage. Niemand wird ihr einen Vorwurf machen, daß sie, um das russische Bündnis nicht in letzter Stunde für immer vereitelt zu sehen, dem russischen Verlangen nachgab und das Original des Bordereaus Herrn v. Mohrenheim zurückstellte. Selbstverständlich behielt sie eine Abschrift zurück, und ebenso selbstverständlich erhob sie zu geeigneter Zeit die Anklage gegen Dreyfus. Um letzteren überführen zu können, war das Bordereau nötig und unerläßlich und Esterhazy, der es am genauesten kannte, schrieb es in einer der Handschrift des Dreyfus möglichst ähnlichen Falschschrift nach. — Daher die Geheimhaltung des Bordereaus im Prozeß Dreyfus, daher auch die sonst unbegreifliche Beschränkung der Verteidigung im Prozeß Zola und daher endlich die leidenschaftlichen Ausbrüche der unverkennbar ehrlichen Ueberzeugung der eidlich vernommenen hohen französischen Militärpersonen von der Schuld des Dreyfus, ohne daß diese aussagen konnten oder wollten, worauf sich diese ihre Ueberzeugung gründe. Der Rücktritt Casimir-Periers von der Präsidentschaft der französischen Republik hatte zur Hauptursache nichts anderes, als die Angelegenheit Dreyfus.

Trifft obige Darstellung zu, dann begreift man immer noch nicht, zu welchem Zwecke die Schreibsachverständiger herbeigezogen worden sind. Wußte man an maßgebender Stelle, daß die Handschrift des Bordereau (das man ja hätte photographieren können) durch Esterhazy nachgeahmt war, dann hatte die Hinzuziehung der Graphologen doch gar keinen Zweck. Interessant ist nur der wahrscheinlich gemachte Zusammenhang der Dreyfus-Affäre mit dem Rücktritt Casimir-Periers.

Deutscher Reichstag.

Am 4. d. stehen zunächst zur Beratung Berichte der Petitions-Kommission.

Ueber die Petitionen betr. die Aufbesserung der Pensionen bereits im Ruhestande befindlicher Beamten geht das Haus zur Tagesordnung über.

Eine Petition betr. die Regelung des Kellnerinnenwesens wird dem Reichskanzler zur Berücksichtigung, eine Petition betr. Errichtung von Berufskonsulaten in Süd-Brasilien, zur Erwägung überwiesen. Ueber eine Petition betr. die Regelung der Sonntagsruhe beantragt die Kommission teils Uebergang zur Tagesordnung, teils Ueberweisung als Material.

Abg. Lenzmann (fr. Vp.) kritisiert die vom Oberpräsidenten für Westfalen erlassenen Sonntagsruhe-Bestimmungen und moniert vor allem das Verbot der Jagd am Sonntag und das Gebot des Verhängens aller Schaufenster während der ganzen Dauer des Sonntags.

Geheimrat v. Woedtke erwidert, die Regelung sei den Einzelstaaten überlassen; nach seiner Kenntnis sei deren Befugnis auch in Westfalen nicht überschritten. Insbesondere sei das Gebot des Verhängens der Schaufenster in der Provinz fast allgemein Landessitte gewesen.

Der Antrag der Kommission wird darauf angenommen.

Es folgt darauf die erste Beratung der von den Abgg. Chartron u. Gen. (Elsß.) einerseits und von den Abgg. Auer u. Gen. (soz.) anderseits beantragten Gesetzentwürfe betr. die Aufhebung des Diktatur-Paragraphen in der elsaß-lothringischen Landesverfassung.

Abg. Winterer (Elsß.) begründet den Antrag Chartron mit Hinweis auf die thatsächlichen Verhältnisse in den Reichslanden. Ausnahmemaßnahmen seien jetzt nicht mehr nötig, nachdem die Bevölkerung sich 27 Jahre lang durchaus loyal gezeigt habe.

Abg. Hoeffel (freis.) ist ebenfalls der Meinung, daß der Diktatur-Paragraph heute nicht mehr nötig sei. Für außergewöhnliche Verhältnisse habe die Regierung ausreichende Machtbefugnisse.

Abg. v. Cuny (nat.-lib.) erklärt, seine Freunde seien nicht in der Lage dem Antrage zuzustimmen, so lange nicht die Regierung selbst erkläre, daß sie den Diktatur-Paragraphen entbehren könne.

Abg. Lenzmann (fr. Vp.) spricht sich für möglichst einstimmige Annahme der Anträge aus. Der Reichstag müsse sich dem Votum des Landesausschusses für das Reichsland anschließen und die Aufhebung des Diktaturparagraphen fordern.

Abg. Frhr. v. Stumm (freikons.): Abg. Hoeffel habe nur für seine Person gesprochen. Seine Fraktion würde es niemals für angebracht halten, der Regierung ein Machtmittel zu versagen, das sie selbst für nötig halte.

Abg. Graf Hompesch (Zentr.) erklärt namens des Zentrums, daß dasselbe heute und stets für die Aufhebung des Diktaturparagraphen stimmen würde.

Abg. Bebel (soz.) hält es für eine unabweisbare Pflicht des Reichstages, die elsaß-lothringische Bevölkerung von der Last der Ausnahmegesetze endlich zu befreien. Die elsässischen Polizeibehörden hätten auf Grund des Diktaturparagraphen die lächerlichsten Maßnahmen ausgeübt. Durch Chikanen erwerbe man sich aber nicht die Sympathien einer Bevölkerung.

Abg. v. Levetzow (kons.): Solange die Regierung nicht auf den Diktaturparagraphen verzichte, würden seine Freunde ihr dies Machtmittel nicht versagen können.

Geheimrat Hallen bestreitet die Richtigkeit der Schilderung, die Abg. Bebel über die Zustände in Elsaß-Lothringen gegeben. Der jetzige Statthalter werde als ein äußerst milder Herr geachtet, und auch der Staatssekretär v. Puttkamer erfreue sich großer Beliebtheit. Was Abg. Bebel sonst von polizeilichen Chikanen erzählte, halte er für kaum glaubhaft.

Abg. Pachnicke (fr. Vgg.) hält mit den Antragstellern den Diktaturparagraphen für überflüssig.

Abg. Werner (Antis.) stimmt der Abschaffung des Diktaturparagraphen ebenfalls zu, dessen Aufrechterhaltung nur der Sozialdemokratie die Agitation erleichtert habe.

Abg. Bebel (soz.) konstatiert dem Regierungs-Kommissar gegenüber, daß alle Parteien, soweit Elsaß-Lothringer darin vertreten seien, einstimmig darin seien, daß die Bevölkerung unzufrieden sei. Mit keinem Wort habe Geheimrat Hallen dargethan, weshalb der Diktaturparagraph heute noch notwendig sei.

Damit schließt die Diskussion. — Nach dem Schlußwort des Abg. Colbus wird der vom Abg. Lenzmann gestellte Antrag, das Haus möge sofort in die zweite Lesung eintreten, zur Abstimmung gestellt. — Vor derselben bezweifelt

Abg. Frhr. v. Stumm die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von nur 133 Mitgliedern, das Haus ist somit nicht beschlußfähig. Die Sitzung muß abgebrochen werden.

Nächste Sitzung: Montag.

Preuß. Abgeordnetenhaus.

In der Freitags-Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde zunächst die Resolution Felisch betr. Einführung des Befähigungsnachweises im Baugewerbe angenommen. Sodann wurden Petitionen beraten. Bei einer Petition betr. Ankauf eines Flachsröstverfahrens kam es zu einer handelspolitischen Debatte. Die Abgg. Möller (nat.-lib.) und Graf Kanitz (kons.) gaben Erklärungen über ihre Stellung zu den bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen ab, die erkennen ließen, daß die Vertreter der Industrie und der Landwirtschaft zu gegenseitiger Verständigung geneigt seien. Abg. Graf Schwerin schloß die Debatte mit der Mitteilung ab, daß Fürst Bismarck ihn beauftragt habe, den Namen des Fürsten unter den Wahlaufruf des Wirtschaftlichen Ausschusses zu setzen, der die „Politik der Sammlung“ pro tusch durchzuführen bezweckt. Ueber die Petitionen selbst wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Am 5. d. begann das Abgeordnetenhaus die Beratung des Kultusetats. Bei den Einnahmen teilte Minister Bosse mit, daß die Vorlage betr. Erhöhung der Gehälter der Geistlichen dem Hause in allernächster Zeit zugehen werde. Dem Abg. Dauzenberg (Zentr.) erwiderte Kultusminister Bosse, daß der Staat der katholischen Kirche überall nach Kräften entgegenkäme; an eine Wiederherstellung der katholischen Abteilung im Kultusministerium sei, so lange er Kultusminister wäre, nicht zu denken.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser stattete am Sonntag dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin einen Besuch ab, um sich nach dem Befinden der Kronprinzessin-Witwe Stephanie zu erkundigen.

* Graf Herbert Bismarck und seine Gemahlin folgten am 5. d. einer Einladung des Kaisers zu einem Diner.

* Der Ankunft des Prinzen Heinrich in Wusung wird für den 20. März entgegengesehen. Nach einem eintägigen Aufenthalte wird dann die Reise nach Kiaotschau fortgesetzt. Der Vizekönig von Nanking und der Gouverneur von Kiangsu sind beordert, den Prinzen zu empfangen an Stelle des ursprünglich beauftragten Provinzial-Kämmerers.

* Wie lange die Reichstagssession noch dauert, entzieht sich, auch abgesehen vom Flottengesetz, bis jetzt noch einer sicheren Schätzung. Es kommen dabei insbesondere in Frage diejenigen Gesetze, welche zur Vervollständigung des Bürgerlichen Gesetzbuchs notwendig sind, namentlich die Novelle zur Zivilprozeßordnung und die Novelle zur Konkursordnung.

* Der Bundesrat hat Verfügungen getroffen zur Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen bei der auf dem Seewege erfolgenden Einfuhr von Rindern aus Dänemark und Schweden-Norwegen.

* Wie verlautet, befindet sich ein Gesetzentwurf über die Festsetzung des zulässigen Wassergehaltes der Butter in Vorbereitung. Als höchste Grenze soll ein Wassergehalt von 15 pCt. zugelassen werden.

* Es war ein Wunsch der Landwirtschaft, daß vom Ertrage der Brennsteuer die 15 Prozent nicht abgezogen werden möchten, welche nach der Reichsverfassung den Bundesstaaten aus dem Bruttoertrage der Branntweinsteuer für die Erhebungskosten erstattet werden. Der Bundesrat hat nunmehr beschlossen, auf jene 15 Prozent vom Ertrage der Brennsteuer zu verzichten, so daß die Summe, welche zwischen 4—500 000 Mark schwankt, zur Verbilligung des für gewerbliche Zwecke bestimmten Spiritus verwendet werden kann.

* Vom 25. März ab werden nach einer amtlichen Bekanntmachung des Reichspostamts offene gedruckte Karten, auf denen die ursprüngliche Bezeichnung „Postkarte“ beseitigt oder durch den Vermerk „Drucksache“ ersetzt ist, allgemein zur Beförderung gegen die Druckschentare zugelassen.

* Nach einer Mitteilung der „M. N. N.“ strebt man auch in Bayern die Ausdehnung des Postregals auf die verschlossenen Ortsbriefe, d. h. die Beschränkung der Privatpostanstalten an. Man nimmt aber an, daß in Bayern eine Entschädigungspflicht des Staates an die Unternehmer und Angestellten ins Auge gefaßt wird, da man nicht Hunderte von Personen plötzlich brotlos machen wolle.

Oesterreich-Ungarn.

* Der Kaiser Franz Joseph hat, wie zu erwarten war, am 5. d. das Ministerium v. Gautsch entlassen und den ehemaligen Statthalter von Böhmer, Grafen Thun, zum Ministerpräsidenten ernannt und ihn mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.“

* Die Einberufung des Reichsrates zum 15. März wird in den nächsten Tagen erwartet.

* Die oft angekündigten neuen Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren sind nun veröffentlicht worden. Besonders wichtig erscheint der Umstand, daß diese Verordnungen ausdrücklich als Provisorium bezeichnet werden und nur so lange in Kraft bleiben sollen, bis der Reichsrat ein Sprachengesetz beschlossen haben wird. Die Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren sind nicht identisch. An den böhmischen ist besonders die durchgeführte Dreiteilung in deutsche, reintschechische und gemischtsprachige Bezirke charakteristisch.

* Aufs neue sucht Fürst Ferdinand von Bulgarien Fühlung mit dem amtlichen Oesterreich. Am Freitag besuchte er anläßlich seines Aufenthalts in Wien den Minister des Auswärtigen, Grafen Goluchowski, in seinem Ministerium.

* In Wien beschlagnahmte die Polizei die Medaillen, welche die sozialistische Parteileitung zur Erinnerung an die Kämpfe des Jahres 1848 verbreitete.

* Einer der schlimmsten Steine des Anstoßes für die deutsche Opposition soll aus dem Wege geräumt werden. In der Eröffnungssitzung des Abgeordnetenhauses wird der Alterspräsident Proskowetz erklären, daß die lex Falkenhayn (das „Maulkorbgesetz“), die bloß zeitweilig eingeführt wurde, keine verbindliche Kraft mehr habe. Gegen diese Erklärung wird die Rechte keine Einwendungen erheben und durch ihr Stillschweigen ihre Zustimmung zu erkennen geben.

Frankreich.

* Das ‚Petit Journal‘ schreibt, daß der Appellationshof in Paris die Nichtigkeitsbeschwerde Zolas dem Kassationshof zugestellt habe. Der Beschwerde sind die Protokolle der Schwurgerichtsverhandlung sowie die 30 Anträge beigefügt, welche die Verteidigung im Laufe der schwurgerichtlichen Verhandlung gestellt, der Gerichtshof aber zurückgewiesen hatte.

* Im Zweikampf Picquart-Henry, der am 5. d. in Paris stattfand, wurde General Henry am Arm leicht verwundet.

* Das Pariser Schwurgericht hat den Senator Naquet von der Anklage in der Panama-Angelegenheit freigesprochen.

Italien.

* In Rom fand am Freitag die Feier des 50. Jahrestages der Verfassung statt. Das Königspaar wurde auf seiner Fahrt zum Kapitol von der Volksmenge mit Jubel begrüßt.

Spanien.

* Die spanische Regierung erhielt den Bericht der spanischen Taucher, welche die Ursachen der Explosion der amerikanischen Korvette „Maine“ untersuchten. Der Bericht erklärt kategorisch, es sei keine Spur von Sprengstoff vorhanden. Die Hebung des Schiffes wird als unmöglich bezeichnet. Die Regierung übermittelte diesen Bericht an die Regierung der Ver. Staaten in Washington.

* Spanien steht jetzt vor den Neuwahlen der Cortes. Ministerpräsident Sagasta teilte im Ministerrat mit, die Liberalen könnten auf etwa 300 Cortessitze rechnen. Die Sozialisten treten zum ersten Mal als selbständige Partei auf und dürften mit Hilfe der Republikaner einige wenige Mandate erobern. Don Karlos wird an seine Anhänger ein Wahlmanifest richten, doch dürften kaum 20 Karlisten in der neuen Kammer erscheinen.

Rußland.

* Die Zarin ist von einer leichten Lungenentzündung befallen worden, befindet sich aber bereits wieder auf dem Wege der Besserung.

* Die Beziehungen zwischen Rußland und Abessinien werden immer enger geknüpft. Jetzt hat die russische Regierung die Errichtung einer abessinischen Handels-Agentur in Odessa genehmigt und ihre Zustimmung zu der Errichtung weiterer abessinischer Agenturen in Petersburg, Moskau, Kiew und Lodz in Aussicht gestellt. Zugleich sollen in den Hauptorten Abessiniens russische Agenturen errichtet werden. Das Projekt Leontjews dagegen, zwischen Odessa und Dschibuti eine direkte Dampfschiffsverbindung herzustellen, ist an der ablehnenden Haltung der russischen Dampfschifffahrts-Handelsgesellschaft gescheitert.

Balkanstaaten.

* Die griechische Kammer nahm am Donnerstag eine Glückwunschadresse an den König an. Der Finanzminister legte den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218980309-19/fragment/page=0001

Gesetzentwurf über die internationale Finanzkontrolle vor, im Anschluß an welche das Finanzarrangement zu stande gekommen sei. Der Minister gab ferner bekannt, daß Frankreich, Rußland und England 120 Mill. Frank der neuen Anleihe garantieren. Die hierauf bezügliche Konvention würde in allernächster Zeit der Kammer vorgelegt werden.

Amerika.

* In Nicaragua hat der Präsident Zelaya in der Unterdrückung des Aufstandes Fortschritte gemacht. Er erhebt gegen den Präsidenten Iglesias von Costa Rica die Anklage, die Revolution gefördert zu haben. Gegen 500 Aufständische seien von Iglesias unterstützt und ausgerüstet worden, um einen Angriff auf San Juan del Sur zu unternehmen und sich in dieser Stadt festzusetzen. Der Ort wurde aber am 7. Februar von den Truppen Zelayas zurückerobert und die Aufständischen in die Flucht geschlagen. Unter den Führern der letzteren hätten sich, so behauptet Zelaya, manche Freunde des Iglesias befunden. Ein Krieg zwischen Nicaragua und Costa Rica gilt keineswegs als ausgeschlossen.

Asien.

* Aus Ostasien meldet die „Times", nach amtlichen chinesischen Berichten aus Tschifu seien die Japaner in Wei-Hai-Wei lebhaft mit der Wiederbefestigung beschäftigt; die Räumung des Platzes sei also unwahrscheinlich. Wie dasselbe Blatt aus Kobe (Japan) berichtet, finde die Ueberlassung einer Kohlenstation auf der Deer-Insel an Rußland große Mißbilligung in Korea; es werde behauptet, daß die Vertreter einiger anderer auswärtiger Mächte empfehlen, die Insel zu einer Niederlassungsstätte für alle Ausländer zu machen.

Von Nah und Fern.

Gleiwitz. Der hiesige Oberbürgermeister Kreidel berief den Polizeiinspektor, die Polizeikommissarien, die Kriminalwachtmeister sowie die Polizeisergeanten und die Polizeigefängnisbeamten zu einer Konferenz zu sich und richtete aus Anlaß der jüngst in Berlin vorgekommenen unberechtigten Verhaftungen von weiblichen Personen eine ernste Ansprache an die versammelten Beamten, in welcher er dieselben ermahnte, in den beregten Fällen äußerste Vorsicht und maßvolle Zurückhaltung zu üben. Aber auch im übrigen sollten sich die Polizeiexekutivbeamten gegen alle Bürger und Einwohner von jeder übertriebenen Strenge fernhalten und Billigkeit und Schonung, wo nur irgend angängig, walten lassen.

Elberfeld. Der Gesamt-Materialschaden, der durch die Verwüstungen im rheinisch-westfälischen Fernsprechnetz erwächst, beträgt nach sachmännischer Schätzung mehr als eine halbe Million Mark.

Breslau. Ueber den frechen Postraub, der hier Mittwoch abend verübt worden, wird des näheren noch berichtet: Der 19jährige Holzbildhauer Stehn forderte an einem Schalter des Postamts am Matthias-Platz zwei Zehnpfennigmarken. Als der Beamte nach dem Heft mit den Marken griff, riß Stehn durch das Schalterfenster zwei Geldschwingen, von denen die eine 8000 Mk. in Papier, die andere etwa 2000 Mk. in bar enthielt, an sich und suchte damit das Weite. Im Flur wurde ihm die eine der Schwingen mit den 8000 Mk. von seinen Verfolgern entrissen, mit der anderen konnte er bis in die Anlagen am Matthiasplatz flüchten, wo ihn ein Zimmermann festnahm. Als der Dieb sich verloren sah, verstreute er die 2000 Mk., die er in der Schwinge hatte, in den Anlagen umher. 240 Mk. in Gold wurden trotz der Dunkelheit sofort gefunden. Durch Schutzleute wurde der Teil des Platzes, wo das Geld verstreut lag, abgesperrt, um Unberufene fernzuhalten. Der größte Teil des Geldes dürfte wiedergefunden werden.

Köln. Ein kranker Papagei verursachte vor einigen Tagen den Tod von vier Personen. Es erkrankten sechs Hausangehörige an Lungenentzündung, wovon drei starben; außer diesen erlag derselben Krankheit eine die Kranken pflegende barmherzige Schwester, während andere Schwestern erkrankten. Der Papagei soll die Krankheit dadurch übertragen haben, daß er Zucker aus dem Munde von Personen genommen hat; er wird z. Z. einer bakteriologischen Untersuchung unterzogen, um die Natur der Infektion zu ergründen.

Magdeburg. Hier wurde eine Frau Stagge aus Burg verhaftet, die als Frau vom Lande in mannigfachen Geschäften Einkäufe machte und dabei falsche Thalerstücke mit der Jahreszahl 1870 und dem Münzzeichen A herausgabte. Als mutmaßliche Verfertiger der Falschstücke ließ die Polizei den Ehemann und Sohn der Stagge in Burg verhaften. Die Falsifikate sind recht geschickt gemacht.

Tiegenhof. Um seiner Braut einen Abschiedsbesuch abzustatten, entsprang vor einigen Tagen aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis der Knecht Klein, der zu einer Gefängnisstrafe von 1½ Jahren verurteilt worden war. An andern Vormittag meldete er sich wieder bei dem Gefangenenaufseher in der Küche. Er gab an, seiner Braut einen Abschiedsbesuch gemacht und ihr zugeredet zu haben, sich nicht um ihn zu grämen.

Königsberg. Immanuel Kants Denkmal ist in Königsberg Gegenstand eines höchst bespektierlichen Scherzes geworden. Zu ihrem nicht geringen Erstaunen bemerkten Frühspaziergänger, wie der große Gelehrte ein gefülltes Bierglas in der Hand hielt und den Vorübergehenden ein „Schmollis" zuzurufen schien.

Gumbinnen. Die kürzlich stattgehabte Bereisung der vom Fraße der Nonnenraupe bedrohten Waldungen im Regierungsbezirk Gumbinnen durch den Oberlandforstmeister hat ergeben, daß zur Zeit kein Anlaß zur Verstärkung des Holzeinschlags in den betreffenden Staatsforsten vorliegt.

Wien. Jüngst saßen hier einige Offiziere beisammen und sprachen von kühnen Soldatenthaten. Auch die große Kriegstragödie an der Beresina im Jahre 1812 wurde erörtert und rühmend des Todesmutes gedacht, den die französischen Soldaten damals an den Tag legten, besonders beim Durchschwimmen des eiskalten reißenden Flusses. Oberleutnant Moser hatte aber seinen oppositionellen Tag und die Unterhaltung endete mit einer Wette: Oberleutnant Moser hatte noch im Laufe des Februar den Donaustrom bei Klosterneuburg zu durchschwimmen. Dieser Tage nun hat der Offizier diese Schwimmtour ausgeführt. Um 3 Uhr nachmittags sprang er in Gegenwart von Kameraden in gewöhnlicher Adjustierung bei Klosterneuburg in den Donaustrom und suchte das jenseitige Ufer bei Klosterneuburg zu gewinnen. Die Donau ist dort dreihundertachtzig Meter breit; die starken Strömungen rissen aber den Offizier weit stromabwärts und er mußte etwa 800 Meter weit schwimmen. Nach zehn Minuten und zehn Sekunden langte Oberleutnant Moser am jenseitigen Ufer an. Wenn man bedenkt, daß die Temperatur des Wassers nicht ganz 3 Grad Reaumur betrug, so erscheint die Leistung des Offiziers als ein glänzender Rekord. Sportsmen wird es interessieren zu erfahren, daß er sich für diese Tour gar nicht trainierte. Das Befinden des Oberleutnants, der im 28. Lebensjahre steht, ist bisher ganz normal, die kühne Schwimmtour hat keine nachteiligen Folgen für ihn gehabt.

Olmütz. Wahnsinnig verliebt hatte sich der Dragoner-Leutnant Fiala in die hübsche Chansonette Malci Berger in Budapest. Er machte ihr einen Heiratsantrag, wurde aber abgewiesen. Als Fiala nach seiner Garnison Olmütz zurückkehrte, richtete er an Fräulein Berger in 20 Tagen 41 Liebesbriefe und einmal acht Telegramme an einem Tage. Vergebens suchte er die Dame umzustimmen, er machte ihr Selbstmordbrohungen und verlangte, daß sie ihm einen Kranz auf den Sarg niederlege. Auch in den Briefen war vom Selbstmord die Rede, und da er keine Gegenliebe fand, hat er sich wirklich erschossen.

Innsbruck. Lawinenstürze infolge der in den letzten Tagen gefallenen großen Schneemassen werden aus vielen Thälern Tirols gemeldet. So wird aus Sterzing berichtet: Auf der ärarischen Straße, die hoch oberhalb Matrei an der linken Bergseite zu den Aufbereitungswerken des Schneeberger Bergbaues führt, wurden neun Männer mit sechs Pferden, als sie eben beschäftigt waren, den Weg mittels Schneepfluges freizumachen, von einer mächtigen Lawine in die Tiefe gerissen. Ein Pferd wurde getötet. Die Leute sowie die übrigen Pferde blieben unverletzt.

Paris. Vor ungefähr hundert Jahren bestand in der Nähe von St. Brieuc in Frankreich eine Silbermine, die alljährlich eine große Ausbeute von Edelmetall lieferte. Dann kam die französische Revolution. Die Arbeiter verschwanden, und die Besitzer starben unter dem Beil der Guillotine. Das kleine Oertchen und die Mine gerieten in Vergessenheit, die Schächte zerfielen, Gras und Unkraut wucherten auf der Stelle. Jetzt aber hat man die Silberader wieder ausfindig gemacht. Eine englische Handelsgesellschaft hat das Terrain käuflich erworben und die Arbeiten sofort wieder aufgenommen. Alsbald fand man auch einen großen Klumpen Silber, den die damaligen Besitzer gewiß bei der Flucht vergessen hatten, und der so lange unter Schutt und Staub verborgen gelegen hatte.

Portsmouth. Ein Verbrechen, durch das vielleicht ein englisches Kriegsschiff und viele Menschenleben vernichtet worden wären, wurde am Donnerstag an Bord des englischen Kreuzers „Australia" verhindert. Auf diesem Schiffe brach Feuer aus, welches jedoch schnell gelöscht werden konnte. Tags darauf wurde ein Marine-Reservist verhaftet, unter der Anklage, das Feuer dadurch verursacht zu haben, daß er eine Signal-Rakete in einen in der Nähe des Pulver-Magazins befindlichen Zünder-Haufen abfeuerte. Ein anderer Mann entfernte den Zünder schnell und verhinderte so eine Explosion.

Mailand. In Mailand dauert der Karneval dank einem Privileg, das der heilige Ambrosius seiner Stadt verlieh, fünf Tage länger als in der übrigen katholischen Welt und endet am ersten Fastensonntag. Der Grundbesitzer Carlo Tamagni aus Viadana hatte nun seinen Freunden, die das aber für Scherz nahmen, schon seit vielen Jahren versichert, daß er sich an seinem 60. Geburtstag erschießen werde. Der Geburtstag fiel auf den Aschermittwoch, aber Tamagnis Freunde machten den Selbstmordskandidaten scherzend darauf aufmerksam, daß er sich doch nicht mitten im Karneval erschießen werde. Tamagni erkannte den Vorhalt als gerechtfertigt an und vergnügte sich noch die fünf vom heiligen Ambrosius gewährten Tage hindurch nach Herzenslust. Auf dem letzten Maskenballe erklärte er seinen Freunden, daß er sich nun diese Nacht erschießen werde. „Immer zu!" hieß es. Mit ein paar Musikanten an der Spitze zog der lustige Zug vor die Wohnung Tamagnis. Dieser begab sich auf den Balkon und ließ die Musikbande einen Trauermarsch spielen. Alle Welt freute sich über diesen prächtigen Witz, besonders als Tamagni den Trauermarsch da capo erbat. Auf einmal zog Tamagni einen Revolver aus der Tasche und gab rasch hinter einander drei Schüsse auf sich ab. Der lustigen Karnevalsgesellschaft verging natürlich das Lachen. Man stürmte in die Wohnung hinein, aber der unglückliche Tamagni war schon eine Leiche.

Madrid. Am Freitag wurde hier ein Italiener verhaftet, der in verdächtiger Weise um das Haus des Ministerpräsidenten Sagasta herumschlich. Beim Verhör gab er unzusammenhängende Antworten; jedoch wurde festgestellt, daß er mit einem Manne identisch ist, der vor einem Monate den Wagen Sagastas anfiel und letzteren mit dem Stocke bedrohte.

Odessa. Ein junges Mädchen namens Amalie Seid suchte durch Inserat Stellung in Südrußland. Es meldete sich ein Herr aus Odessa. Es wurde vereinbart, das junge Mädchen sollte auf der Station Rasdelnaja erwartet werden. Der Herr erschien aber nicht, da er angeblich durch Geschäfte verhindert war, und sandte eine Bekannte an die Bahn, die das Fräulein nach Odessa bringen sollte. Statt dorthin wurde die Unglückliche nach der rumänischen Stadt Jassy in ein berüchtigtes Haus geführt. Erst nach längerer Zeit wurde sie aus ihrem schändlichen Gefängnisse befreit. Eine strenge Verfolgung der Mädchenhändler ist eingeleitet worden.

Gerichtshalle.

Alt-Landsberg. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich die 99jährige Arbeiter-Witwe Friederike Fangerow wegen Diebstahls zu verantworten. Sie war beschuldigt, in der benachbarten Buchmühle vier kleine Baumstämme gestohlen zu haben. Durch die Beweisaufnahme wurde ihre Schuld im vollen Umfange erwiesen. Das Urteil lautete auf drei Tage Gefängnis. Der Vorsitzende gab dem alten Mütterchen den Rat, die Gnade des Kaisers anzurufen. Der Gerichtshof wird das Gnadengesuch befürworten.

Aachen. Eine „interessante" Verhandlung spielte sich vor dem hiesigen Schöffengericht ab. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde gegen sechs Mädchen verhandelt, die beschuldigt waren, den Leutnant a. D. und Rentner Fehrn. v. F., der hier ansässig ist, bestohlen zu haben. Der Genannte hatte die Mädchen eines Tages in seine Wohnung geladen, „um einige angenehme Stunden zu verplaudern", er bewirtete die Mädchen mit Kognak und Portwein, und als sie bei ihrem Fortgehen einige Nippsachen mitnahmen, erstattete der Freiherr gegen sie Anzeige wegen Diebstahls. Die Verhandlung endete mit Freisprechung der Angeklagten, weil der Gerichtshof den Angaben der Mädchen Glauben schenkte, daß sie in der Trunkenheit das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ihrer Handlungsweise verloren gehabt hätten.

Aus der Woche.

Das Kaleidoskop der Woche war bunscheckig und wechselvoll. Das ernsthafte Attentat auf den König Georgios, das Regierungsjubiläum des Papstes Leo und die Feier des 50jährigen Bestandes der Verfassung in Italien, die Revolutionchen in Nicaragua und Caracas, die Untersuchungen wegen des Untergangs des „Maine", die daran geknüpfte Vermutung eines spanischen Attentats, das Säbelgerassel gegen Spanien in den Vereinigten Staaten, die neuen österreichischen Sprachenverordnungen, der Abschluß der chinesischen Anleihe, die Erwerbung der koreanischen Insel Deer durch Rußland, die Nachklänge des Zola-Prozesses, die unvermeidlichen und auch meist ganz unschädlichen Drucke, die Freisprechung des Panamisten Senators Naquet, die Einigung über die deutsche Flottenvorlage — das alles sind Ereignisse einer einzigen Woche und man wird sagen müssen, daß es den Zeitungen nicht gerade an Stoff mangelt. Nun hieß es gar noch, die Stellung des bayrischen Gesandten in Berlin sei ernstlich erschüttert, weil es ihm nicht gelungen sei, die Frage des bayrischen obersten militärischen Gerichtshofes, die bekanntlich für die Militär-Strafprozeßreform eine Hauptrolle spielt, im Sinne seiner Regierung zum Austrag zu bringen. Unnötig zu sagen, daß gar kein Grund zum Rücktritt des Frhrn. v. Lerchenfeld vorliegt. Die Frage wegen der Stellung Bayerns zum obersten militärischen Gerichtshofe scheidet einstweilen aus der Militär-Strafprozeßreform aus und wird besonders gesetzlich geregelt werden. So wird diese Reform, wahrscheinlich auch die Flottenvorlage und die Aenderungen der Zivilprozeßordnung im Reichstage durchgehen, wenn auch unter starken Reibungen und nicht ohne Kuhhandel, wie man sich so geschmackvoll ausgedrückt hat. Die Frage wegen des Disziplinarverhältnisses der Privatdozenten ist zwar eine rein preußische und auf einen einzigen Fall gerichtet; sie wirbelt aber viel Staub auf. Frankreich bietet dazu gegenwärtig ein kostbares Gegenstück. Eine Gruppe von Professoren, die sich als „Freunde der Schule" bezeichnen, hat eine Bittschrift eingereicht, um die Lehrer unabhängig zu machen von der politischen Verwaltung. Die Volksschullehrer werden in Frankreich nicht von der Schulbehörde, sondern von den Präfekten ernannt; ihre Laufbahn hängt thatsächlich somit nicht vom Unterrichtsministerium, sondern vom Minister des Innern ab und regelt sich nach den politischen Diensten, die sie leisten, thatsächlich steht die Einrichtung im schärfsten Widerspruch zu den Grundsätzen der Republik. Sie stammt aus der Präsidentschaft des Prinzen Louis Napoleon 1850 und galt damals selbst nur als Uebergangsmaßregel.

Drei Schwestern.

15] Roman von C. v. Berlepsch.

(Fortsetzung.)

„Ich kann es aber mit gutem Gewissen nicht annehmen," antwortete Magda ihrer Schwester. „Und dann, wie soll ich dir wiedererstatten, was du bis jetzt schon hergegeben hast?"

„Davon ist keine Rede! Was mir gehört, ist auch dein. Denke nur, welche Schadenfreude Mama und ihre Kinder empfinden würden, wollten wir uns jetzt für überwunden erklären."

„O Bertha, woran erinnerst du mich! Ja, sie ist der Fluch unseres Lebens. Sie hat uns unsere Kindheit vergällt, unsere Jugend vergiftet, und ich sage nicht zu viel, sie hat uns um unser Lebensglück gebracht."

„Nun, durch Meta ist ihr teilweise schon vergolten, was sie an uns gesündigt hat."

„Aber Herberts Heirat mit der Fürstin hat Metas standesliche Verlobung vergessen gemacht, und sie triumphiert wieder. O, diese Schlange! Wie verstand sie es, den Vater zu bethören! Nur eins möchte ich wissen: wie sie es anfing, dich und Otto auseinander zu bringen."

„O Magda, woran rührst du! Laß begraben sein, was tot ist — — — Schreibe jetzt einen zustimmenden Brief und dann wollen wir hinunter an den See und mit Olga eine Promenade durch den Wald nach der Meierei machen."

Magda fügte sich dem Willen ihrer Schwester und erteilte dem Justizrat Vollmacht zur Weiterführung des Prozesses.

Nach ihres Vaters Tode hatte sich ein Testament vorgefunden, in dem er sie vollständig enterbte. Als Motiv war angegeben, daß sie sich unter ihrem Stande und gegen seinen ausdrücklichen Willen verheiratet habe.

Magda fühlte sich vernichtet. Noch jetzt nach Jahren glaubte sie das triumphierende Lächeln Mariannes und ihrer Kinder zu sehen. Sie wußte es nur zu gut; hatte sie auch ihren Vater durch ihre Heirat gekränkt und erbittert, so hatte ihn doch zu einer solchen folgeschweren Entschließung nur seine Frau gebracht.

Nach noch nicht einem Jahre verheiratete sich Meta mit Leutnant von Bernheim, Herbert machte die Bekanntschaft einer reichen russischen Fürstin und heiratete ebenfalls. Freilich war die Dame viel älter als Herbert — wie viel, ließ sich nicht einmal annähernd feststellen, denn sie war in Toilettenkünsten so bewandert, daß selbst Gräfin Warren getäuscht wurde, und das wollte viel sagen.

Infolge des Erbschaftsprozesses, den Magda anstrengte und den Oldenburg vollständig billigte, sah sie sich mit der Stiefmutter selten. Als nach ein und einem halben Jahre Oldenburg starb, nahm Bertha Magda zu sich und sie hatten sich nicht wieder getrennt.

Oldenburg hatte ihr ein hübsches Vermögen hinterlassen, das vom Bankier Breitenfeld verwaltet wurde. Sein Fallissement beraubte sie des größten Teiles. War sie deswegen auch nicht genötigt, sich gerade einzuschränken, so mußte sie doch haushalten. Des Justizrats Zuschrift bot wirklich keine Garantie, aber sie wußte auch, daß er zur Fortsetzung des Prozesses nicht geraten haben würde, wenn derselbe ganz aussichtslos gewesen wäre.

Und wenn er auch in zweiter Instanz verloren ging? Was dann? Wie würden die Gräfin und deren Kinder triumphieren! O, und nichts that ihr so weh, als daß das väterliche Haus mit allem, was drin und draun war, von den Testaments-Vollstreckern der Gräfin und noch dazu für einen sehr niedrigen Preis zugesprochen worden war.

Magda hatte recht: Marianne war ihnen beiden zum Verhängnis geworden. . . .

Draußen ertönte Olgas jubelnde Stimme, sie hatte ihren Garten fertig und rief nun, damit ihr Kunstwerk bewundert werde.

Es war gegen Abend. Die Fremden waren fast sämtlich auf der Promenade, alles eilte dem nahen See zu, die Kühle, die er verbreitete, war nach der Hitze des Tages um so erquickender.

Dicht am See lag der einzige Gasthof des Ortes. Vor demselben und seitwärts bis zum See standen Tische und Stühle unter schattigen Bäumen. Die Mehrzahl der Fremden pflegte hier ihr Abendbrot zu nehmen und den Rest des Abends zusammen zu bleiben.

Als Bertha und Magda ankamen, waren die meisten Tische schon besetzt; sie waren heut etwas später als gewöhnlich gekommen. Sie suchten daher sogleich ihren reservierten Tisch auf, der dicht am Ufer unter einer Traueresche stand, deren herunterhängende Zweige eine natürliche Laube bildeten.

Die hübsche Tochter des Wirts kam nach ihren Wünschen fragen und bald standen Fische, an denen der See reich war und auf deren schmackhafte Zubereitung die Gasthofswirtin sich etwas zu gute that, vor ihnen. Olga ließ es sich nicht nehmen, die Reste den Gänsen und Enten, die lustig das Ufer umschwammen, zuzuwerfen. Dabei hatte sie sich so weit entfernt, daß ein Gebüsch, dicht am Ufer, sie den Blicken der am Tisch Sitzenden entzog. Doch hörte man sie lustig plaudern und laut lachen.

Endlich erhob sich Magda, um nach dem Kinde auszuschauen. Olga stand am Ufer und sah einem kleinen Hunde zu, der gehorsam apportierte, was seine Herrin ins Wasser warf. Kam er dann ans Land und schüttelte sein nasses Fell, so klatschte das Kind in die Hände und lief lachend davon.

Es war dieselbe Dame, die schon am Nachmittag die Kleine angesprochen hatte. Jetzt wandte sich diese, und mit dem Jubelruf: „Mama, Mama, sieh einmal den kleinen Hund!" flog sie auf Magda zu. Auch die fremde Dame hatte sich umgewandt und ein Laut freudigster Ueberraschung entfloh ihren Lippen.

„Leni, du?"

„Alice!"

Sie lagen sich in den Armen.

Bald saßen alle drei um den Tisch und teilten sich gegenseitig ihre Erlebnisse mit.

Alice hatte fast nur Gutes und Angenehmes zu berichten. Sie war während des verflossenen Winters in Petersburg engagiert gewesen und dort so gefeiert worden, daß sie, aller Huldigungen und Triumphe überdrüssig, in dies weltfremde Oertchen geflohen war, um vor ihren Verehrern sicher zu sein. Ganz ausge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218980309-19/fragment/page=0002

Das Kaiserreich wollte sie im Jahre 1870 abschaffen, doch die Republik kam dazwischen und behielt sie als bequemes Werkzeug der Wahlmache. Alle republikanischen Schulkämmer haben das System grundsätzlich gebrandmarkt und — thatsächlich beibehalten. Die Herren Professoren würden sich wahrscheinlich auch jetzt nicht mit einer Bittschrift bemühen, wenn sie nicht den Rückschlag kommen sähen, der sie einer Säbelherrschaft hilflos auszuliefern droht. Ihr Versuch, das Verhängnis von ihren Köpfen abzuwenden, ist ein denkwürdiges Zeichen der Zeit. Ausrichten werden sie aber natürlich nichts. Die jetzige Regierung braucht die Schullehrer als Wahlagenten ebenso, wenn nicht noch nötiger, als ihre Vorgängerinnen. Kommt dann aber ein Ministerium, das sich mit den Rückwärtslern noch besser steht, als das Melinesche, so ist erst recht nicht zu erwarten, daß es die politischen Zuchtmittel aus der Hand gibt. Vor einiger Zeit machte die Nachricht die Runde durch die ganze europäische Presse, die Königin von Portugal, deren Interesse für alles, was das Wohl ihrer Unterthanen betrifft, bekannt ist, betreibe aus Gründen der Menschenfreundlichkeit und aus Sorge um ihren zu Fettsucht neigenden Gatten ein regelrechtes Studium der Heilkunde. Als dies allgemein geglaubt wurde, ging das Gerücht einen Schritt weiter und sagte, die Königin arbeite an einem großen medizinischen Werke. Neulich wandte sich nun der Herausgeber der französischen „Chronique Medicale" direkt an die Königin, um Einzelheiten über die medizinischen Arbeiten der fürstlichen Frau zu erbitten. Er erhielt darauf von dem Kammerherrn der Königin ein Schreiben folgenden Inhalts: „Ihre Majestät nimmt Veranlassung, Ihnen für Ihre Zusendung zu danken, aber Ihre Majestät hat niemals Medizin studiert und studiert auch jetzt nicht, folglich kann auch über ihre medizinischen Arbeiten, die nicht existieren, keine Auskunft erteilt werden. Das Interesse, das die Königin an den Fortschritten der Heilkunde nimmt, ist rein menschlicher Natur, nichts weiter." — Da wird man denn doch lebhaft an das Goethesche Wort erinnert: „Das Zeitungsgeschwätzer, wie mag sich's gestalten, als um die Philister zum Narren zu halten." Drwd.

Reformen im Bergbaubetriebe.

Bei Besprechung des erschütternden Grubenunglücks, welches sich im Bochumer Grubenbezirk vor kurzem zugetragen, hat der Handelsminister Brefeld im preuß. Abgeordnetenhause u. a. seine Ansichten über den weiteren Ausbau der für den Bergbaubetrieb bestehenden Schutzmaßregeln entwickelt. Es soll dafür Sorge getragen werden, daß die Ansammlung von Kohlenstaub, welcher die Entstehung von Schlagwettern begünstigt, durch zweckentsprechende Anlagen zur Berieselung und Befeuchtung wirksamer als bisher verhütet wird. Ferner soll die Kontrolle über die Bergwerke durch Vermehrung der Revisionen und Vergrößerung der Zahl der Aufsichtsbeamten verschärft werden. Bei dieser Gelegenheit gab der Minister auch seine prinzipielle Geneigtheit kund, den staatlichen Bergrevierbeamten Aufsichtsbeamte beizugeben, die von den Grubenarbeitern gewählt sind und den ersteren bei den Revisionen der Zechen zur Hand gehen sollen. Das Verlangen nach einer solchen Einrichtung ist seitens der Bergarbeiter mehrfach gestellt worden, doch haben diese Wünsche bisher bei den Grubenbesitzern und der Staatsregierung keinen Anklang gefunden, weil man glaubte, daß die Mitwirkung der Arbeitnehmer bei der Beaufsichtigung der Betriebsführung zu einer Quelle vieler Mißhelligkeiten werden könnte. Anderseits wird hervorgehoben, daß im Hinblick auf die schweren Gefahren, welche die Arbeiter beim Bergbau bedrohen, es nicht mehr als recht und billig sei, die unmittelbar Beteiligten an der Kontrolle über die Sicherung gegen Unfälle teilnehmen zu lassen.

In preuß. Abgeordnetenhause ist die Ankündigung des Ministers, die Grubenarbeiter zu den Zechenrevisionen heranzuziehen, falls die nähere Erwägung dieses Themas keine schwerwiegenden Bedenken hervortreten lasse, im allgemeinen sympathisch aufgenommen worden, doch werden jetzt auch Stimmen laut, die vor der Beschreitung des neuen Weges warnen. So wird in einem, wohl aus den Kreisen der Grubenbesitzer stammenden Artikel der „Rhein.-Westf. Ztg." die geplante Neuerung einer kritischen Beurteilung unterzogen. Es wird daselbst ausgeführt, daß schon gegenwärtig die Aufsicht in keinem anderen Betriebe so genau und durchgreifend sei wie gerade im Bergbau; auch scheue die Bergbehörde sich niemals, um etwaigen Gefahren zu begegnen, die rücksichtslosesten Verfügungen zu treffen, welche die Zeche mit gewaltigen Kosten belasten. Man hat berechnet, daß die binnen drei Jahren erlassenen bergpolizeilichen Vorschriften den von ihnen betroffenen Zechen ungefähr eine Mark pro Tonne Förderung kosten, was für eine mittlere Zeche eine Ausgabe von einer Million Mark jährlich bedeutet. Von diesen Aufwendungen ganz abgesehen, sei entschieden zu bestreiten, daß die Aufsicht in ihrer gegenwärtigen Organisation unzulänglich sei. Selbst wenn die Kontrolle und die Revisionen noch viel mehr verschärft werden sollten, würden Grubenunglücke sich dennoch ereignen, weil deren Verhütung durch die Aufsichtsorgane gar nicht durchweg möglich sei. Auf diesen Einwand wäre zu erwidern, daß, wenn durch die erweiterte Kontrollorganisation auch nur hin und wieder ein Grubenunglück verhütet werden kann, die Einführung der Reform ernstlich zu erwägen ist.

Die hier berührten gegensätzlichen Auffassungen von dem Werte und der Tragweite einer Mitwirkung der Arbeiter an der Grubenbeaufsichtigung werden demnächst in den parlamentarischen Verhandlungen noch des Breiteren zur Aussprache gelangen. Im Reichstage sind von den Sozialdemokraten und von Freisinnigen Anträge auf Erlaß eines Reichs-Berggesetzes eingebracht worden. Wie verlautet, soll der Reichstag an einem seiner nächsten „Schwerinstage", wenn erst die Erörterungen über die Korporationsrechte der Berufsvereine zu Ende geführt worden sind, mit dieser Materie befaßt werden.

Die preußische Republik Neuenburg.

Im Kanton Neuenburg begingen sie am 1. März eine Art Feier der Unabhängigkeit von preußischer Herrschaft und das 50jährige Jubiläum des Ländchens als Republik, deren Schaffung zugleich den völligen Anschluß Neuenburgs als eines „souveränen Kantons" mit sich brachte. Neuenburg war im Jahre 1707 an die preußische Krone gekommen, deren damaliger Träger Friedrich I. unter 16 Bewerbern von den Ständen des Fürstentums zum Herrscher auserkoren wurde.

Hundert Jahre bis zum Tilsiter Frieden verblieb das Fürstentum Neuenburg in ungestörtem preußischen Besitz, nur einmal unter Friedrich II. gab es (1766) einen Aufruhr gegen die preußische Herrschaft, als nämlich der Preußenkönig, der in Geldnöten war, die Gefälle des Landes verpachten wollte. Der kleine Aufruhr wurde mit Hilfe des aristokratischen Bern unterdrückt, doch machte der König von Preußen dem „Volke von Neuenburg" einige Zugeständnisse bezüglich seiner „Rechte" und „Freiheiten", deren Unverletzlichkeit sein Großvater seiner Zeit vor den neuenburgischen Ständen beschworen hatte.

Die Zusammengehörigkeit Neuenburgs mit Preußen war nie eine sonderlich enge, der preußische König übte mehr eine Art Oberherrschaft aus, während im Lande selbst die Aristokratie schaltete und waltete. Es war so eine Art legaler Staatsehe mit getrennter Haushaltung, wobei der Ehemann in Berlin residierte, der weibliche Teil in Neuenburg dem schwierigen Geschäfte des Herrschens oblag. Der Tilsiter Friede störte das eheliche Ausdauerleben, Napoleon I. nahm dem König von Preußen das neuenburger Fürstentum ab und belehnte damit einen seiner Getreuen, den Marschall Berthier, der daselbst aber nie erschien und nach den Niederlagen, die Napoleons I. Herrschaft zertrümmerte, abdankte. Durch den Pariser Frieden (30. Mai 1814) kam Neuenburg in etwas vergrößertem Umfange an die preußische Krone wieder zurück und kurz darauf (Sept. 1814) wurde das „souveräne Fürstentum" in den eidgenössischen Staatenbund aufgenommen, wodurch ein ganz absonderlicher, der Zeit Metternichscher Staatskunst entsprechender Dualismus geschaffen wurde.

In diesem Zwitterverhältnis blieb das Land, nicht preußisch und noch nicht schweizerisch, bis zum 1. März 1848, welcher Tag als der Geburtstag des Kantons Neuenburg bezeichnet werden darf. Die Mischung monarchischer, aristokratischer und demokratischer Elemente in dem kleinen Lande hatte bereits im Jahre 1831 zwar keine Julirevolution wie 1830 in Frankreich, aber doch einen von dieser angeregten Septemberputsch gebracht, der die aristokratische Regierung für einige Tage verjagte, allein der Republik nur ein ephemeres Leben schenken konnte. Ein neuer Aufstandsversuch im Dezember schlug völlig fehl. Die verkündete Unabhängigkeit des Landes von Preußen wurde durch den späteren preußischen Kriegsminister, den General v. Pfuel, durch die Gewalt der Waffen widerrufen und Pfuel blieb bis zum Jahre 1848 als Gouverneur in Neuenburg. Gleichwohl wenn auch die Regierung des Landes eine monarchisch gesinnte und aristokratische war und durch Preußen gedeckt wurde, — das Volk fühlte sich doch zu der Eidgenossenschaft hingezogen, die Bestrebungen der republikanischen Partei fanden in immer weiteren Schichten festen Boden und am 1. März 1848 konnte eine bloße „bewaffnete Demonstration" den Staatsrat zur Abdankung nötigen und an Stelle der Monarchie die Republik setzen.

Am 25. April 1848 wurde bereits die erste Verfassung von Republik und Kanton Neuenburg durch das Volk angenommen. Daß Preußen in den Verlust Neuenburgs sich nicht ohne weiteres ergab, ist selbstverständlich, allein weder der Protest Preußens, noch das von allen Großmächten bei der Londoner Konferenz (24. Mai 1852) unterzeichnete Protokoll, worin das Recht des Königs von Preußen auf Neuenburg anerkannt wurde, änderte an der Neuordnung der Dinge etwas. Der König von Preußen drohte nun zwar mit Krieg, allein die Verwickelungen lösten sich friedlich und der König von Preußen verzichtete für immer auf Neuenburg (26. Mai 1857); nur den Titel eines „Fürsten von Neuenburg" lad er nicht daran.

Eine drollige Szene aus dem Eheleben

veröffentlicht der „Chicago Times Herald". „John!" — „Ja, meine Liebe." — „Du brauchst dir nicht so viel Mühe zu geben, ruhig hereinzuschleichen. Ich bin seit drei Stunden wach. Weißt du, wie spät es ist?" — „Ungefähr ½ nach 3 Uhr." — „Eine nette Zeit für dich, heimzukommen, nicht wahr? Wo bist du gewesen?" — „Drüben bei Herrn Fraley." — „Natürlich bei Herrn Fraley! Du meinst doch den gemeinen Kerl, den Wilhelm Fraley. Wer war denn noch da?" — „Nun, meine Liebe, die anderen von der Partie waren Dr. Barton, Herr Neukirch und Oberst Hall." — „Eine nette Bande! Was habt ihr gethan?" — „Wir haben uns unterhalten. Die Zeit verging dabei." — „Was habt ihr noch gethan?" — „Eine Zeitlang haben wir Karten gespielt." — „Eine Zeitlang! Du meinst wohl die ganze Zeit, mit Ausnahme der fünf Minuten, die deine Ankunft und deine Verabschiedung in Anspruch nahmen." Zustimmendes Schweigen. John zieht sich aus und legt sich zum Schlafen nieder. „Was habt ihr für ein Spiel gespielt?" — „Das Spiel wird gewöhnlich Pochspiel genannt, Elisabeth. Nun möchte ich aber gern schlafen." — Kurze Pause; dann: „John!" — Keine Antwort. — „John!" — „Huh?" — „Hast du gewonnen oder verloren?" — „Gewonnen." — Neues Schweigen. Jetzt schlief John zweifellos wieder. „John, wie viel hast du gewonnen?" — „Laß mich in Ruh!" — „Wie viel ungefähr?" — John seufzte: „So viel ich mich erinnere, 42 Dollar." — „Was? Schämst du dich nicht?! Abscheulich! Das hätte ich im ganzen Leben nicht für möglich gehalten! Warum —" — „Womit kann ich mir Ruhe erkaufen?" — „Die Sache ist durchaus nicht scherzhaft. Du gehst gleich wieder hin und gibst jeden Cent zurück, den du den Herren abgenommen hast!" — „Jetzt sind sie zu Bett gegangen." — „Dann thust du's morgen früh!" — John erklärte den verzwickten Charakter von Geldangelegenheiten. Eine Rückerstattung des Geldes wäre nicht möglich. Die Erklärung schien zu genügen — für ein paar Minuten. Dann: „Unter einer Bedingung will ich dir verzeihen." — „Nenne die Bedingung." — „Du gibst mir zehn Dollar von dem Geld für unseren Missionsklub und das übrige zu einem neuen Kleid für mich." — Zehn Minuten später: „Du, John, ich glaube, fünf Dollar können für den Missionsklub auch genug sein, meinst du nicht?"

Buntes Allerlei.

Wenn der Zar reist, so werden alle Eisenbahnen, die der Hofzug passieren soll, vier Tage vorher auf beiden Seiten in einer Entfernung von je 200 Meilen mit Schildwachen besetzt, die den Eisenbahnkörper zu bewachen haben. Ihr Dienst ist jedoch nicht besonders schwer. Sechs Stunden vor der Reise kommt die „zweite Besetzung", die mit geschultertem Gewehr auf und ab marschiert und die Augen überall haben muß. Eine Stunde vor Erscheinen des Zuges tritt endlich das „dritte Kommando in Kraft", das den Rücken gegen den Eisenbahndamm gekehrt darüber zu wachen hat, daß sich niemand auf 100 Meter dem Bahnkörper nähert. Hört irgend ein Vorwitziger nicht auf den Anruf, so wird er unweigerlich niedergeschossen. Noch zehn Minuten nach Passieren des Zuges verharrt das Kommando in seiner Stellung. Zu diesem Ehrendienst im dritten Kommando wird übrigens nur die Garde ausersehen.

Was kostet eine Reise nach Kiautschau? Für diejenigen, die vielleicht eine „Vergnügungsreise" nach Kiautschau unternehmen wollen, dürfte folgende Angabe von Interesse sein. Auf den von Bremerhaven abgehenden Reichspostdampfern kostet eine Reise bis Schanghai in der dritten Klasse 440 Mark, in der ersten Klasse 1390 Mark. Rechnet man nun die Reisemkosten für die Fahrt nach Bremerhaven und diejenige von Schanghai nach Kiautschau hinzu — letztere kostet Kajütte 50 Mark, Zwischendeck 20 Mark —, so stellt sich der Preis für eine Reise nach Kiautschau dritter Klasse auf rund 600 Mark, erster Klasse auf etwa 1480 Mark. Die Fahrt von Bremerhaven nach Schanghai dauert 6½ Woche, von Schanghai nach Kiautschau 36 Stunden. Der am 23. d. von Bremerhaven abgehende Reichspostdampfer nach Ostasien, der, nebenbei bemerkt, fast vollständig besetzt sein wird, soll am 9. Mai in Schanghai einlaufen.

Eine hochweise Entscheidung, die den seligen Schildbürgern Ehre gemacht hätte, hat dieser Tage das Staatsobergericht in Nebraska abgegeben. Der „Staats-Auditor" Moore war vor einiger Zeit vom Bezirksgericht in Lincoln, Nebraska, wegen Unterschlagung von Staatsgeldern in Höhe von 28 000 Dollar zu acht Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Das Obergericht sprach den Mann jedoch frei, weil — er zum Empfang der Gelder gesetzlich nicht berechtigt war, mithin auch keine Unterschlagung im gesetzlichen Sinne begehen konnte. (Die Gelder hätten nämlich eigentlich an den Staats-Schatzmeister abgeliefert werden sollen, in dessen Abwesenheit sie Moore in Empfang nahm.) Die „tiefe" Entscheidung erregt im ganzen Staate ein gewaltiges Schütteln des Kopfes.

Modern. „Also du hast dich mit dem Vormund der jungen Dame über alle in Betracht kommenden Punkte geeinigt — da steht der Verlobung wohl nichts im Wege?" — „Es handelt sich bloß noch um mein zufälliges Bekanntwerden mit dem Fräulein."

Von der Schmiere. Schauspieler (zur Direktorin, die ihm ein Butterbrot gegeben): „Entschuldigen, ist das ein Vorschuß oder das Spielhonorar?"

Ein Praktikus. Gast: „Kellner, hier haben Sie 25 Pfennig, sagen Sie mir aber, was Sie mir empfehlen können!" — Kellner: „Geh'n S' in ein anderes Restaurant!"

---

lassen lachte sie, wenn sie sich vergegenwärtigte, wie diese alle Luxusbäder nach ihr durchsuchen würden.

Alice merkte bald, daß bei den so unverhofft Wiedergefundenen die Verhältnisse wohl nicht so günstig lagen, wie ihre eigenen, und war zartfühlend genug, nicht zu forschen, aus Furcht, irgend eine wunde Stelle zu berühren. Das Kind, das inzwischen mit dem Hunde Freundschaft geschlossen hatte, war in der nächsten halben Stunde alleiniger Gegenstand der Unterhaltung. Dann aber begann Magda ohne Zögern: „Warum fragst du nicht, Alice? Fürchte nicht, daß wir deine Teilnahme falsch deuten; es wird uns beiden im Gegenteil wohlthun, einer teilnehmenden Seele unser übervolles Herz auszuschütten."

„Was ist's mit euch? O erzählt, und wenn ich helfen kann, thu ich's mit Freuden. Ihr habt keine Ahnung davon, wie viel ich euch zu danken habe! Schon allein, daß ich meine Tanzübungen nicht zu unterbrechen brauchte, war von unberechenbarer Tragweite, ganz abgesehen von dem, was ich im Umgange mit euch profitierte. Weißt du, Bertha, daß man in Paris von mir sagte, ich sei auf der Bühne eine ausgezeichnete Tänzerin, aber im gewöhnlichen Leben jeder Zoll eine Gräfin?"

Es war schon ziemlich spät, als die drei sich trennten. Rückhaltlos hatte Alice alles erfahren, was die Freundinnen Bitteres erduldet hatten und sie empfand inniges Mitleid. Die halbe Nacht brachte sie schlaflos zu, so hatten sie die Mitteilungen aufgeregt. Ihr war ein Gedanke gekommen, wie Magda zu helfen sei, doch sie hatte ihn sofort als unausführbar erkannt und verworfen.

Hartnäckig aber kam er immer wieder, und so beschloß sie endlich, ihn von den Schwestern wenigstens in Erwägung ziehen zu lassen.

Mit diesem Entschluß schlief sie ein und erwachte erst als die Sonne schon hoch am Himmel stand.

Eingedenk ihrer Verabredung, sich am See zu treffen und eine Bootfahrt zu machen, erhob sie sich schnell, klingelte und bestellte ihr Frühstück. Nachdem dies eingenommen, machte sie rasch Toilette und begab sich auf den Weg zur See. Fips, der kleine schwarze Pinscher, sprang lustig bellend voran und wurde von Olga mit lautem Jubel begrüßt. Sie kam eben, gefolgt von Bertha und Magda, vom Walde her.

Ein Boot war schnell gemietet. Alle stiegen ein und atmeten mit Entzücken die frische Luft.

Es war Sonntag. Von fern hörte man Glockenläuten, überall kamen von den Ufern des Sees Fahrzeuge mit sonntäglich geputzten Landleuten. Alle steuerten dem Dorfe zu, wo die Freundinnen wohnten. Es war die nächste Kirche, und die Landleute wollten den Gottesdienst nicht versäumen.

Alle drei waren in ernster, nachdenklicher Stimmung. War es die sonntägliche Stille, die sie so schweigsam machte, oder ging jede von ihnen ihren eigenen Gedanken nach. Endlich unterbrach Alice das Schweigen.

„Weißt du, Leni," — sie nannte Magda ihrer früheren Gewohnheit gemäß noch immer so, — „ich möchte dir einen Vorschlag machen."

„Nun, Alice, laß hören."

„Ich fürchte nur, du wirst mir böse sein, obgleich mein Vorschlag gut gemeint ist."

„Nun, so sprich."

„Werde Tänzerin! Geh zum Ballet!"

Bertha und Magda fuhren in die Höhe.

„Aber Alice!" riefen beide fast vorwurfsvoll.

„Seht ihr, ihr seid mir böse, und doch bin ich der festen Ueberzeugung, Leni würde ihr Glück machen."

„Was nennst du Glück?"

„Unabhängig sein! Und das ist man nur, wenn man Geld hat; erwirbt man sich das selbst, so ist die Unabhängigkeit noch größer. Leni, folge meinem Rat, geh zum Ballet."

„Nein, nimmermehr!"

„Und warum nicht?"

„O nein, ich könnte mich nie dazu entschließen, öffentlich zu tanzen."

„Du würdest dich bald daran gewöhnen."

„O nein, sprich nicht davon. Ich eine Tänzerin!"

„Und würdest du Sängerin oder Schauspielerin lieber werden?"

„Viel eher, als Tänzerin."

„Das ist doch kein Unterschied?"

„Doch, Alice, denke nur, deine Kostüme, Trikot und Tanzröcke."

„Und wenn du als Sängerin oder Schauspielerin in Männerkleidung auftreten mußt, ist das etwas anderes?"

„Ich glaube doch, Alice. Auch kommt es ja so selten vor."

„Und ich sage dir, Leni, ich will zehnmal lieber Tänzerin sein, als Schauspielerin oder Sängerin."

„Und warum?"

„Denke nur, wenn die Vertraulichkeiten, zu denen du zu den Schauspielern auf der Bühne verpflichtet bist, sich nachher fortsetzen, die Familiarität, wie sie unter Kollegen und Kolleginnen herrscht. Siehst du, davon bleibe ich unberührt, wenn es mir nicht gefällt. Ich sage noch einmal: folge meinem Rat, geh zum Ballet!"

„Nein, Alice," mischte sich nun auch Bertha in das Gespräch, „es geht nicht, wir sind es unserem Namen, unserer Stellung schuldig."

„Eurem Namen, Eurer Stellung? Leni ist einfach Frau Hilmer, und ist es etwas Unehrenhaftes, Tänzerin zu sein? Ich habe mich in Petersburg, Wien und Paris stets in den feinsten Kreisen bewegt und nie eine Demütigung oder Nichtachtung erfahren. Was wirst du nächsten Winter beginnen? Du wirst mit Leni eingezogen leben, du wirst berechnen müssen, ob du noch einen Damenkaffee geben kannst oder nicht, und ob du dir einen neuen Wintermantel gönnen darfst. Sieh, ich war für sechs Monat in Petersburg engagiert und erhielt dafür zehntausend Rubel. Dabei tanze ich die Woche höchstens dreimal. Die Proben dauern eine, höchstens ein und eine halbe Stunde für mich. Abends, wenn nicht gerade ein großes Ballet gegeben wird, dauert die Vorstellung ebenso lange. Die übrige Zeit ist mein. Und, Leni, laß nur erst ein einziges Mal den Sturm des Beifalls dich umrauschen, dann wirst du begreifen, wenn ich sage, ich tausche mit keiner Königin. Ich bin auch für den nächsten Winter dort engagiert."

Sw 15 (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218980309-19/fragment/page=0003

Vermischtes.

Nebra, 5. März. Im Saale des Schützenhauses fand gestern Abend das dritte und letzte Abonnementskonzert der Naumburger Stadtkapelle unter der Leitung ihres Dirigenten, Herrn Stadtmusikdirektor Müller, statt. Das Gebotene fand durch seine gute Ausführung allseitig ungeteilten Beifall. Besonders erwähnenswert ist und hervorzuheben verdient Nr. 5 des Programms: Konzert für Violine (G-moll) von M. Bruch, Op. 26, wobei Herr Konzertmeister Müller seine Meisterschaft auf der Violine zeigte. Auch die beiden Märsche zu Anfang jedes Teiles erfuhren eine rühmenswerte Ausführung. Im allgemeinen schien es, als habe Herr Musikdirektor Müller seine besten Konzertstücke zu diesem Musikabend reserviert. Mehrere Konzertbesucher wollen sogar bei den drei von der genannten Stadtkapelle in diesem Winter gegebenen Konzerten deutlich eine Steigerung in den Ausführungen bemerkt haben. Ein großer Teil der Anwesenden vergnügte sich dann noch einige Stunden durch Tanz.

Märzenschnee thut den Saaten weh, sagt die alte Bauernregel, nach der die keimende Saat, der im Januar und Februar die schützende Schneedecke diesmal fehlte, somit zu leiden haben würde. Doch hoffentlich nicht schlimm, denn der fallende Schnee löst sich wieder in Wasser auf, sobald er den in diesem Winter nicht kalten Erdboden berührt. Der März ist der Kampfmonat des jungen Lenzes gegen den alten Winter seit Germanenzeit: der Frühlingsgott Donar warf seinen glühenden Hammer gegen die Frost- und Reifriesen und der 22. März, an dem Frau Holda sich in goldener Mittagssonne kämmte war der Siegestag der Mächte des Lebens und Lichtes über Tod und Finsternis. Von lengez, dem Längerwerden, hat der Lenz seinen Namen, dem wir trotz des Märzenschnees frohgemut entgegengehen.

Die Berichtigungspflicht aus § 11 des Preßgesetzes besteht nicht für den Inseratenteil einer Zeitung. So hat zutreffend das Schöffengericht in Breslau entschieden.

Postkarten als Drucksachen. Vom 15. März ab werden offene gedruckte Karten, auf denen die ursprüngliche Bezeichnung „Postkarte" beseitigt oder durch den Vermerk „Drucksache" ersetzt ist, allgemein zur Beförderung gegen die Drucksachentaxe zugelassen.

Bezüglich des Tragens der Kaiser Wilhelms-Erinnerungs-Medaille bestanden Zweifel darüber, ob die Medaille in der Reihe der Kriegsdenkmünzen oder in zweiter darunter zu tragen sei. Diese Zweifel sind nunmehr gehoben durch den auf eine entsprechende Anfrage an maßgebender Stelle ergangenen Bescheid. Nach diesem wird die Erinnerungs-Medaille in der Reihe der Kriegsdenkmünzen getragen, und zwar in folgender Reihenfolge: Kriegsdenkmünze 1870/71, Kriegsdenkmünze 1866, Kriegsdenkmünze 1864, Erinnerungsmedaille. Vereins-, Vorstands- und sonstige Abzeichen und Auszeichnungen dürfen nur in zweiter Reihe darunter getragen werden.

Nach Mitteilung der Landwirtschaftskammer bezahlte man am 7. März im Kreise Querfurt für 100 kg Weizen 17,25--17,50, Roggen 13,50—14,00, Gerste 17,50—18,00, Hafer 15,25—16,50 Mark.

Carsdorf, 4. März. Ein eigenes Mißgeschick ist gestern dem Fleischer und Viehhändler D. aus Naumburg widerfahren. Er hatte einen Bullen gekauft und befand sich eben mit dem Tier, dem vorher die Blende angelegt worden war, auf dem Heimweg. Plötzlich riß sich der Bulle los und rannte geraden Wegs in die Unstrut. Der bestürzte Führer eilte dem Tiere nach und geriet dabei bis an die Knie ins Wasser. Der Bulle aber hatte fast das andere Ufer des Flusses erreicht, als er einen Bogen machte und weiter unten wohlbehalten wieder den früheren Weg erreichte, wo er von hinzugeeilten Landleuten in Empfang genommen wurde.

Querfurt, 7. März. Ein schweres Unglück hätte leicht den Schmiedemeister K. von hier treffen können. Er hatte in der vergangenen Woche eine Fuhre Steinkohlen bekommen. Beim ersten Verbrauch der Kohle explodierten im Feuer 2 Patronen. Bei näherer Untersuchung der Kohlen stellte es sich heraus, daß sich nicht weniger als 44 geladene Patronen darin befanden.

Freyburg, 4. März. Trotz günstigen Wetters war der heutige Reminiscere-Markt nicht so zahlreich besucht wie in den früheren Jahren. Zum Verkauf standen 160 Pferde meist leichteren Schlages, 200 Saugschweine und 80 Läufer. Der Pferdeabsatz war nur gering, da der Bedarf für Frühjahrsbestellung noch nicht gedeckt wurde. Hingegen wurden Schweine lebhaft gehandelt und Saugschweine pro Paar mit 27—33 Mark, Läufer pro Stück mit 40—90 Mark bezahlt und der Markt vollständig geräumt.

Naumburg, 5. März. [Marktbericht.] Butter 2—2,20, Eier 3,10--3,20, Enten 2,50—2,75, Hühner 1,25—1,75, Truthähne 4—6, Kapaunen 1,75—2,25, Kaninchen 1—1,20, Schweine 22 bis 29, Kartoffeln 2,25—2,50, 25 kg Aepfel 7—9, 1 Mdl. Sellerie 1,10—1,50 Mk., Tauben 90—100, 1 Korb Kohl 80—100, 1 Mdl. Kohlrabi 55—60, Kohlrüben 60—70, rote Rüben 70—75, 1 Korb Spinat 75—90, 1 Mdl. Möhren 15—20, 1 Bund Brunnenkresse 25—30, 2 Lit. Rosenkohl 1/2 Nösel Mus 25—30, 2 Lit. Backobst 30—35 Pfg.

Naumburg a. S., 5. März. Die erste Periode des Schwurgerichts unter Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektors Sunkermann hat am Montag den 7. März begonnen und wird bis zum 18. März dauern. Aus den Querfurter Kreis befinden sich, unter den als Geschworenen einberufenen 30 Herren, folgende: Herr Rittergutsbesitzer Graf von Werthern aus Beichlingen, Schulze Viol aus Leubingen, Fabrikbesitzer Schweter aus Neuhaus-Großjena, Mühlenbesitzer Schmidt aus Bilzingsleben, Hellmuth, Gutsbesitzer aus Nebra, Endlich, Rittergutspächter aus Leimbach, Herold, Gutsbesitzer aus Groß-Osterhausen, Hohmann, Mühlenbesitzer aus Mücheln. Aus dem Querfurter Kreise gelangt diesmal keine Sache zur Verhandlung.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 9. März, Abends 1/2 8 Uhr
3. Passionsgottesdienst.
Es predigt: Herr Oberpfarrer Schwieger.
Beim Ausgang werden Gaben für die Beleuchtung der Kirche gesammelt.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Das diesjährige Musterungsgeschäft wird für die Stadt **Nebra** am
Freitag, den 18. März 1898, Vormittags 10 1/4 Uhr
im Gasthof zum Rathskeller
hierselbst abgehalten.

Es sind dabei alle wehrpflichtigen Personen, welche im Jahre 1878 und früher geboren, bisher aber weder in's stehende Heer eingestellt, noch durch eine endgültige Entscheidung einer Ober-Ersatz-Commission von der Gestellungspflicht befreit worden sind, zur Vorstellung zu bringen. Gesellen, Dienstboten u. s. w., welche sich in Nebra vorübergehend aufhalten, haben sich mit den Mannschaften von Nebra zu stellen und dürfen sich dem unter keinerlei Vorwand zu entziehen suchen.

Ist ein Pflichtiger am Erscheinen durch Krankheit verhindert, so muß darüber ein Kreisphysikatsattest oder ein von einem anderen Arzte ausgestelltes und von der Polizeibehörde beglaubigtes Zeugniß beigebracht werden.

Der Anstand erheischt es, daß die Militärpflichtigen im durchaus reinlichen Zustande vor der Ersatz-Commission erscheinen.

Die Reklamationen sind **schriftlich** anzubringen und spätestens bis zum **1. März** früh bei dem Herrn Landrath einzureichen. Sie sind nach vorgeschriebenem Schema aufzustellen, wozu Formulare beim Buchdruckereibesitzer Stiebitz und Buchbindermeister Peter hier zu haben sind.

In allen Reklamationsfällen müssen die Angehörigen, auf deren Gesundheitszustand hin reklamirt wird, im Gestellungstermine mit anwesend sein. Ausnahmen hiervon sind nur dann zulässig, wenn die Angehörigen durch schwere Krankheit pp. am Erscheinen verhindert sind, und dies, sowie die Arbeits- und bezw. Aufsichtsunfähigkeit der betreffenden Personen, durch ein Attest des Königlichen Kreisphysikus nachgewiesen wird.

Reklamationen können nur dann berücksichtigt werden, wenn die Betheiligten solche bis zu dem angesetzten Termine oder ausnahmsweise spätestens beim Musterungsgeschäft selbst anbringen, spätere Reklamationen dürfen dagegen zur Berücksichtigung nur insofern gelangen, als die Veranlassung zu denselben erst nach Beendigung des Musterungsgeschäftes entstanden sind.

Ueber äußerlich nicht sichtbare Gebrechen an Militärpflichtigen, als Taubheit, Blödsinn, Epilepsie u. s. w. müssen **Kreisphysikatsatteste** oder andernfalls beglaubigte Bescheinigungen des Ortsgeistlichen, Schullehrers oder Ortsvorstandes beigebracht werden. Außerdem hat der angeblich an Epilepsie leidende Militärpflichtige drei glaubhafte Zeugen hierfür zu stellen.

Nebra, den 26. Februar 1898.

Der Magistrat.
Strauch.

Beschluß.

Folgende verloren gegangene Hypothekenurkunden und angeblich getilgte Hypothekenposten, werden auf Antrag der nachbenannten Personen aufgeboten:

1. Das Document über die im Grundbuche von Nebra, Band IV, Artikel 45, Abtheilung III Nr. 1 für Wilhelmine Justine **Scheiding**, jetzt verwittwete Reinstein in Buttstädt eingetragene Hypothek, bestehend aus dem Testamente vom 5. März 1840 und dem Hypothekenschein vom 6. Juni 1845 über 390 Mark Erbegelder resp. Ausstattung, auf Antrag des Tischlermeisters Hermann Scheiding zu Nebra.
2. Das Document über die im Grundbuche von Nebra, Band VIII, Artikel 4, in Abtheilung III, unter Nr. 6 für den Wilhelm August **Stops** in Niederschmon eingetragene, und durch Erbgang und Cession auf den Geschäftsreisenden Wilhelm Schreyer in Schöneberg übergegangene Hypothek von 90 Thalern, bestehend aus der Schuld- und Pfandverschreibung vom 21. December 1859 und dem Auszuge aus dem Hypothekenbuche vom 22. December 1859, auf Antrag des Schiffbauers Gustav Schreier zu Nebra.
3. Die Documente über folgende Hypotheken:
   a) 30 Thlr. 25 Sgr. oder 92 Mk. 50 Pfg. Erbegelder für Sophie Friederike **Pommer** laut Verhandlung vom 14. April 1831,
   b) 50 Thlr. 10 Sgr. oder 151 Mark desgleichen für die vier Kinder des Zimmergesellen **Lauche** und seiner Ehefrau Friederike Sophie geb. Pommer, laut Verhandlung vom 23. April 1844 und
   c) 24 Thlr. 20 Sgr. oder 74 Mark Erbegelder für Gottlieb, Louise, Karl, Bernhard und Ernst **Lauche** in Steigra, laut Verhandlung vom 23. April 1844, sowie eine Kautionshypothek über 80 Thlr. auf Grund der Urkunde vom 15. December 1849, für Wilhelmine Rosette **Kellner,** sämtlich eingetragen im Grundbuche von Pretitz, Band II, Artikel 24 und Kleineichstedt, Band II, Artikel 47, sowie im Grundbuche von Weißenschirmbach, Band III, Artikel 3 auf Antrag des Landwirths Johann Gotthilf Pommer zu Pretitz und des Grafen von der Schulenburg auf Vitzenburg.
4. Das Hypothekendocument über die im Grundbuche von Nebra, Band I, Artikel 8 für die Kirche zu Nebra, Abtheilung III, Nr. 2 auf Grund des Contracts vom 31. December 1804 eingetragenen 13 Thlr. 27 Sgr. 9 3/4 Pfg., sowie die unter Nr. 1 für das Hospital zu Nebra auf Grund desselben Contracts eingetragenen Hypothekenpost von 17 Thlr. 20 Sgr. 7 1/2 Pfg. auf Antrag des Schmiedemeisters Wilhelm Ludwig zu Nebra.
5. Die Hypothekendocumente über 105 Thlr. für die Geschwister Henriette, Marie, Amalie und Gottlieb **Grasshoff**, bestehend aus dem Erbreceß vom 5. Januar 1833 und dem Hypotheken-Auszuge vom 20. April 1836, und über 6 Thlr. für dieselben Geschwister Graßhoff, bestehend aus der Schuld- und Pfandverschreibung vom 28. November 1836 und dem Hypothekenschein von demselben Tage, eingetragen im Grundbuche von Weißenschirmbach, Band I, Artikel 32, Abtheilung III Nr. 1 und 2 und Band I, Artikel 12, Abtheilung III Nr. 1 und 2, auf Antrag des Schmiedemeisters Eduard Gröbler und des Landwirths Wilhelm Trautmann, beide zu Weißenschirmbach.

Die Inhaber der vorerwähnten Hypothekenurkunden werden aufgefordert, spätestens in dem

auf den 14. Juni 1898, Vormittags 10 1/2 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotstermine ihre Rechte anzumelden, und die betreffenden Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Zu demselben Termine werden die unbekannten Berechtigten zu den vorbezeichneten Hypothekenposten mit der Aufforderung geladen, ihre Ansprüche spätestens im Termine geltend zu machen, widrigenfalls sie mit ihren Ansprüchen auf die Posten ausgeschlossen, und die letzteren im Grundbuche gelöscht werden.

Nebra, den 15. Februar 1898.

Königliches Amtsgericht.

Eine Täuschung des Publikums!

An Stelle unseres Kneipp-Malzkaffees wird den Consumenten häufig minderwerthige Waare verabfolgt. Diese gelangt entweder lose oder in einer der unserigen ähnlichen Packung in den Handel. — Der durch deutsches Reichspatent gesetzlich geschützte **Kathreiner's Kneipp-Malzkaffee**, welcher nach einem **einzig und allein uns zustehenden** Rechte mit Kaffeegeschmack versehen ist, wird **niemals offen** ausgewogen verkauft, sondern **nur in 1/1 und 1/2 Pfd.-Packeten, welche mit Plombe verschlossen** sind und als Schutzmarke: **„das Bild des Herrn Prälaten Kneipp" und** den Namen **„Kathreiner"** tragen.

Wir sehen **uns zu** dieser Erklärung genöthigt, um einer Verwechslung und falschen Beurtheilung unseres Fabrikates vorzubeugen und bitten daher **beim Einkauf** stets auf **unsere** oben näher bezeichnete **„Schutzmarke" und** den Namen **„Kathreiner"** achten zu wollen.

Kathreiner's Malzkaffee-Fabriken.

Betreff: **Kathreiner's Kneipp-Malzkaffee.**

Scheunen-Verkauf.

Meine am Kirschgarten belegene **Scheune** bin ich Willens, zu verkaufen.

Fr. Hamel.

2 Läuferschweine stehen zu verkaufen in der **Bierhalle.**

Speisekartoffeln

hat zu verkaufen
Robert Kretzschmar, Schloßberg.

Speisekartoffeln

kauft jeden Posten
Max Rossbach, Erfurt.
Kart.-Exportgesch. gegr. 1876.

Fahrräder-Vertreter

Für den alleinigen Vertrieb unserer vorzüglichen bewährt. **erstklassigen Fahrräder** suchen wir unter sehr günstigen Bedingungen einen gutsituierten **Vertreter.** Offerten unter Angabe von Referenzen **sub J. C. 882** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.,** Jerusalemerstr. 48/49. erbeten.

Den „Eingeschneiten"

in **St.** senden die besten Grüße **W. u. A.**

Militär-Reclamationen

sind zu haben in der
Buchdruckerei Nebra.

Redaction und Druck der drei ersten Seiten von Hermann Arendt's Verlag in Berlin. Redaction und Druck der vierten Seite und Verlag von Karl Stiebitz in Nebra.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218980309-19/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Erscheint
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,15 Mk.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustrirtes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirthschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die 1spaltige Korpus-Zeile oder deren Raum 10 Pf., Reklamen pro Zeile 15 Pf.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 20 — Nebra, Mittwoch, 9. März 1898. — 11. Jahrgang.

Die Wahrheit in der Dreyfus-Sache

ist immer noch mit einem fast undurchdringlichen Schleier bedeckt. Jetzt erhalten aus Rom die ‚Wiener Polit. Nachr.‘ folgende Mitteilung, die der Angabe nach von einer sehr hochgestellten Persönlichkeit herrührt und weiteres Licht in die Angelegenheit zu bringen geeignet sein würde:

Im Jahre 1892 erlangte die französische Regierung die Gewißheit, daß eine geschickt eingerichtete Spionage bestand, die auf den französischen Mobilisierungs- und Verteidigungsplan gerichtet war. Man suchte lange vergeblich nach den Schuldigen. Unter den mit der Auskundschaftung der Verräter betrauten französischen Offizieren befand sich auch Hauptmann Esterhazy. Dieser, der ausgedehnte Beziehungen in der Gesellschaft unterhielt und auch mit den fremden Gesandtschaften verkehrte, gewann die ersten Anzeichen von Vertraulichkeiten des Dreyfus mit der russischen Botschaft. Er teilte seine Wahrnehmungen dem Kriegsminister mit, welcher den Mitteilungen keinen Glauben beizumessen schien, zumal damals die Verhandlungen, die zur russisch-französischen Allianz geführt haben, schon weit vorgeschritten waren.

Esterhazy sah seine Ehre auf dem Spiele und suchte um jeden Preis in den Besitz sicherer Ueberführungsstücke zu gelangen. Mit großer Kühnheit setzte er sich in den Besitz des vielbesprochenen Original-Bordereaus, das er auf der russischen Botschaft stehlen ließ, wenn nicht selber stahl, und das von der Hand des Dreyfus herrührte. — Diese Entdeckung machte begreiflicherweise einen ungeheuren Eindruck in den obersten militärischen und politischen Kreisen Frankreichs. Es fanden wiederholte Ministerratssitzungen in der Sache statt. Man hütete das Geheimnis sehr streng, brachte aber verschwommene, hartnäckig wiederholte Mitteilungen von stattgehabten Spionageversuchen in die Oeffentlichkeit. Der russische Botschafter wurde aufmerksam auf diese und beeilte sich jede Spur des Verdachtes von sich abzulenken. Hierbei entdeckte er, daß ihm das Bordereau des Dreyfus entwendet war. Sofort war Herrn v. Mohrenheim der Zusammenhang klar; nicht minder aber auch die Haltung, die er einzunehmen habe und kurz entschlossen einnahm. Er stellte der französischen Regierung die Alternative: ihm sofort das Original-Bordereau des Dreyfus wieder zurückzustellen, oder ihn innerhalb vierundzwanzig Stunden nach diesem überreichten Verlangen von Paris abreisen zu sehen.

Die französische Regierung war in einer Zwangslage. Niemand wird ihr einen Vorwurf machen, daß sie, um das russische Bündnis nicht in letzter Stunde für immer vereitelt zu sehen, dem russischen Verlangen nachgab und das Original des Bordereaus Herrn v. Mohrenheim zurückstellte. Selbstverständlich behielt sie eine Abschrift zurück, und ebenso selbstverständlich erhob sie zu geeigneter Zeit die Anklage gegen Dreyfus. Um letzteren überführen zu können, war das Bordereau nötig und unerläßlich und Esterhazy, der es am genauesten kannte, schrieb es in einer der Handschrift des Dreyfus möglichst ähnlichen Falschschrift nach. — Daher die Geheimhaltung des Bordereaus im Prozeß Dreyfus, daher auch die sonst unbegreifliche Beschränkung der Verteidigung im Prozeß Zola und daher endlich die leidenschaftlichen Ausbrüche der unverkennbar ehrlichen Ueberzeugung der eidlich vernommenen hohen französischen Militärpersonen von der Schuld des Dreyfus, ohne daß diese aussagen konnten oder wollten, worauf sich diese ihre Ueberzeugung gründe. Der Rücktritt Casimir-Periers von der Präsidentschaft der französischen Republik hatte zur Hauptursache nichts anderes, als die Angelegenheit Dreyfus.

Trifft obige Darstellung zu, dann begreift man immer noch nicht, zu welchem Zwecke die Schreibsachverständiger herbeigezogen worden sind. Wußte man an maßgebender Stelle, daß die Handschrift des Bordereau (das man ja hätte photographieren können) durch Esterhazy nachgeahmt war, dann hatte die Hinzuziehung der Graphologen doch gar keinen Zweck. Interessant ist nur der wahrscheinlich gemachte Zusammenhang der Dreyfus-Affäre mit dem Rücktritt Casimir-Periers.

Deutscher Reichstag.

Am 4. d. stehen zunächst zur Beratung Berichte der Petitions-Kommission.

Ueber die Petitionen betr. die Aufbesserung der Pensionen bereits im Ruhestande befindlicher Beamten geht das Haus zur Tagesordnung über.

Eine Petition betr. die Regelung des Kellnerinnenwesens wird dem Reichskanzler zur Berücksichtigung, eine Petition betr. Errichtung von Berufskonsulaten in Süd-Brasilien, zur Erwägung überwiesen. Ueber eine Petition betr. die Regelung der Sonntagsruhe beantragt die Kommission teils Uebergang zur Tagesordnung, teils Ueberweisung als Material.

Abg. Lenzmann (fr. Vp.) kritisiert die vom Oberpräsidenten für Westfalen erlassenen Sonntagsruhe-Bestimmungen und moniert vor allem das Verbot der Jagd am Sonntag und das Gebot des Verhängens aller Schaufenster während der ganzen Dauer des Sonntags.

Geheimrat v. Woedtke erwidert, die Regelung sei den Einzelstaaten überlassen; nach seiner Kenntnis sei deren Befugnis auch in Westfalen nicht überschritten. Insbesondere sei das Gebot des Verhängens der Schaufenster in der Provinz fast allgemein Landessitte gewesen.

Der Antrag der Kommission wird darauf angenommen.

Es folgt darauf die erste Beratung der von den Abgg. Chartron u. Gen. (Elf.) einerseits und von den Abgg. Auer u. Gen. (soz.) anderseits beantragten Gesetzentwürfe betr. die Aufhebung des Diktatur-Paragraphen in der elsaß-lothringischen Landesverfassung.

Abg. Winterer (Elf.) begründet den Antrag Chartron mit Hinweis auf die thatsächlichen Verhältnisse in den Reichslanden. Ausnahmemaßnahmen seien jetzt nicht mehr nötig, nachdem die Bevölkerung sich 27 Jahre lang durchaus loyal gezeigt habe.

Abg. Hoeffel (freik.) ist ebenfalls der Meinung, daß der Diktatur-Paragraph heute nicht mehr nötig sei. Für außergewöhnliche Verhältnisse habe die Regierung ausreichende Machtbefugnisse.

Abg. v. Gamp (rat.-lib.) erklärt, seine Freunde seien nicht in der Lage dem Antrage zuzustimmen, so lange nicht die Regierung selbst erkläre, daß sie den Diktatur-Paragraphen entbehren könne.

Abg. Lenzmann (fr. Vp.) spricht sich für möglichst einstimmige Annahme der Anträge aus. Der Reichstag müsse sich dem Votum des Landesausschusses für das Reichsland anschließen und die Aufhebung des Diktaturparagraphen fordern.

Abg. Frhr. v. Stumm (freikons.): Abg. Hoeffel habe nur für seine Person gesprochen. Seine Fraktion würde es niemals für angebracht halten, der Regierung ein Machtmittel zu versagen, das sie selbst für nötig halte.

Abg. Graf Hompesch (Zentr.) erklärt namens des Zentrums, daß dasselbe heute und stets für die Aufhebung des Diktaturparagraphen stimmen würde.

Abg. Bebel (soz.) hält es für eine unabweisbare Pflicht des Reichstages, die elsaß-lothringische Bevölkerung von der Last der Ausnahmegesetze endlich zu befreien. Die elsässischen Polizeibehörden hätten auf Grund des Diktaturparagraphen die tierischsten Maßnahmen ausgeübt. Durch Chikanen erwerbe man sich aber nicht die Sympathien einer Bevölkerung.

Abg. v. Levetzow (kons.): Solange die Regierung nicht auf den Diktaturparagraphen verzichte würden seine Freunde ihr [illegible] versagen können.

Geheimrat Halley bestätigt [illegible] Schilderung, die Abg. Bebel [illegible] Elsaß-Lothringen gegeben [illegible] werde als ein äußerst mi[illegible] auch der Staatssekretär v[illegible] großer Beliebtheit. Was [illegible] polizeilichen Chikanen erzählt [illegible] glaubhaft.

Abg. Pachnicke (fr. Vp.) [illegible] stellern den Diktaturparagra[illegible]

Abg. Werner (Antis.) [illegible] des Diktaturparagraphen e[illegible] rechterhaltung nur der Sozial[illegible] erleichtert habe.

Abg. Bebel (soz.) kon[illegible] Kommissar gegenüber, daß [illegible] Elsaß-Lothringer darin ver[illegible] darin seien, daß die Bevö[illegible] Mit keinem Wort habe [illegible] gethan, weshalb der Diktat[illegible] notwendig sei.

Damit schließt die Di[illegible] Schlußwort des Abg. Colb[illegible] Lenzmann gestellte Antrag, [illegible] in die zweite Lesung eintret[illegible] stellt. — Vor derselben bezi[illegible]

Abg. Frhr. v. Stum[illegible] des Hauses.

Der Namensaufruf erg[illegible] nur 133 Mitglieder, das [illegible] schlußfähig. Die Sitzung w[illegible]

Nächste Sitzung: Mont[illegible]

Preuß. Ober[illegible]

In der Freitag-Sitzung [illegible] wurde zunächst die Resolut[illegible] ring des Besatzungsna[illegible] angenommen. Sodann wu[illegible] Bei einer Petition betr. Bu[illegible] fahrens kam es zu einer hi[illegible] Die Abgg. Möller (nat.-lib.) [illegible] geben Erklärungen über ihre Stellung zu den bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen ab, die erkennen ließen, daß die Vertreter der Industrie und der Landwirtschaft zu gegenseitiger Verständigung geneigt seien. Abg. Graf Schwerin schloß die Debatte mit der Mitteilung ab, daß Fürst Bismarck ihn beauftragt habe, den Namen des Fürsten unter den Wahlaufruf des Wirtschaftlichen Ausschusses zu setzen, der die „Politik der Sammlung“ pro tusch durchzuführen bezweckt. Ueber die Petitionen selbst wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Am 5. d. begann das Abgeordnetenhaus die Beratung des Kultusetats. Bei den Einnahmen teilte Minister Bosse mit, daß die Vorlage betr. Erhöhung der Gehälter der Geistlichen dem Hause in allernächster Zeit zugehen werde. Dem Abg. Dauzenberg (Zentr.) erwiderte Kultusminister Bosse, daß der Staat der katholischen Kirche überall nach Kräften entgegenkäme; an eine Wiederherstellung der katholischen Abteilung im Kultusministerium sei, so lange er Kultusminister wäre, nicht zu denken.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser stattete am Sonntag dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin einen Besuch ab, um sich nach dem Befinden der Kronprinzessin-Witwe Stephanie zu erkundigen.

* Graf Herbert Bismarck und seine Gemahlin folgten am 5. d. einer Einladung des Kaisers zu einem Diner.

* Der Ankunft des Prinzen Heinrich in Wusung wird für den 20. März entgegengesehen. Nach einem eintägigen Aufenthalte wird dann die Reise nach Kiaotschau fortgesetzt. Der Vizekönig von Nanking und der Gouverneur von Kiangsu sind beordert, den Prinzen zu empfangen an Stelle des ursprünglich beauftragten Provinzial-Kämmerers.

* Wie lange die Reichstagssession noch dauert, entzieht sich, auch abgesehen vom Flottengesetz, bis jetzt noch einer sicheren Schätzung. Es kommen dabei insbesondere in Frage diejenigen Gesetze, welche zur Vervollständigung des Bürgerlichen Gesetzbuchs notwendig sind, namentlich die Novelle zur Zivilprozeßordnung und die Novelle zur Konkursordnung.

* Der Bundesrat hat Verfügungen getroffen zur Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen bei der auf dem Seewege erfolgenden Einfuhr von Rindern aus Dänemark und Schweden-Norwegen.

* Wie verlautet, befindet sich ein Gesetzentwurf über die Festsetzung des zulässigen Wassergehaltes der Butter in Vorbereitung. Als höchste Grenze soll ein Wassergehalt von 15 pCt. zugelassen werden.

* Es war ein Wunsch der Landwirtschaft, daß vom Ertrage der Brennsteuer die 15 Prozent nicht abgezogen werden möchten,

* Die oft angekündigten neuen Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren sind nun veröffentlicht worden. Besonders wichtig erscheint der Umstand, daß diese Verordnungen ausdrücklich als Provisorium bezeichnet werden und nur so lange in Kraft bleiben sollen, bis der Reichsrat ein Sprachengesetz beschlossen haben wird. Die Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren sind nicht identisch. An den böhmischen ist besonders die durchgeführte Dreiteilung in deutsche, reintschechische und gemischtsprachige Bezirke charakteristisch.

* Aufs neue sucht Fürst Ferdinand von Bulgarien Fühlung mit dem amtlichen Oesterreich. Am Freitag besuchte er anläßlich seines Aufenthalts in Wien den Minister des Auswärtigen, Grafen Goluchowski, in seinem Ministerium.

* In Wien beschlagnahmte die Polizei die Medaillen, welche die sozialistische Parteileitung zur Erinnerung an die Kämpfe des Jahres 1848 verbreitete.

* Einer der schlimmsten Steine des Anstoßes für die deutsche Opposition soll aus dem Wege geräumt werden. In der Eröffnungssitzung des Abgeordnetenhauses wird der Alterspräsident Proskowetz erklären, daß die lex Falkenhayn (das „Maulkorbgesetz“), die bloß zeitweilig eingeführt wurde, keine verbindliche Kraft mehr habe. Gegen diese Erklärung wird die Rechte keine Einwendungen erheben und durch ihr Stillschweigen ihre Zustimmung zu erkennen geben.

Frankreich.

* Das ‚Petit Journal‘ schreibt, daß der Appellationshof in Paris die Nichtigkeitsbeschwerde Zolas dem Kassationshof zugestellt habe. Der Beschwerde sind die Protokolle der Schwurgerichtsverhandlung sowie die 30 Anträge beigefügt, welche die Verteidigung im Laufe der schwurgerichtlichen Verhandlung gestellt, der Gerichtshof aber zurückgewiesen hatte.

* Im Zweikampf Picquart-Henry, der am 5. d. in Paris stattfand, wurde General Henry am Arm leicht verwundet.

* Das Pariser Schwurgericht hat den Senator Naquet von der Anklage in der Panama-Angelegenheit freigesprochen.

Italien.

* In Rom fand am Freitag die Feier des 50. Jahrestages der Verfassung statt. Das Königspaar wurde auf seiner Fahrt zum Kapitol von der Volksmenge mit Jubel begrüßt.

Spanien.

* Die spanische Regierung erhielt den Bericht der spanischen Taucher, welche die Ursachen der Explosion der amerikanischen Korvette „Maine“ untersuchten. Der Bericht erklärt kategorisch, es sei keine Spur von Sprengstoff vorhanden. Die Hebung des Schiffes wird als unmöglich bezeichnet. Die Regierung übermittelte diesen Bericht an die Regierung der Ver. Staaten in Washington.

* Spanien steht jetzt vor den Neuwahlen der Cortes. Ministerpräsident Sagasta teilte im Ministerrat mit, die Liberalen könnten auf etwa 300 Cortessitze rechnen. Die Sozialisten treten zum ersten Mal als selbständige Partei auf und dürften mit Hilfe der Republikaner einige wenige Mandate erobern. Don Karlos wird an seine Anhänger ein Wahlmanifest richten, doch dürften kaum 20 Karlisten in der neuen Kammer erscheinen.

Rußland.

* Die Zarin ist von einer leichten Lungenentzündung befallen worden, befindet sich aber bereits wieder auf dem Wege der Besserung.

* Die Beziehungen zwischen Rußland und Abessinien werden immer enger geknüpft. Jetzt hat die russische Regierung die Errichtung einer abessinischen Handels-Agentur in Odessa genehmigt und ihre Zustimmung zu der Errichtung weiterer abessinischer Agenturen in Petersburg, Moskau, Kiew und Lodz in Aussicht gestellt. Zugleich sollen in den Hauptorten Abessiniens russische Agenturen errichtet werden. Das Projekt Leontjews dagegen, zwischen Odessa und Dschibuti eine direkte Dampfschiffsverbindung herzustellen, ist an der ablehnenden Haltung der russischen Dampfschifffahrts-Handelsgesellschaft gescheitert.

Balkanstaaten.

* Die griechische Kammer nahm am Donnerstag eine Glückwunschadresse an den König an. Der Finanzminister legte den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218980309-19/fragment/page=0005